



**Vereinbarung zwischen
der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE
über eine Kooperation
in der Bezirksvertretung Hamborn 2009 bis 2014**

Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Unterstützung der Liste der SPD zur Wahl des Bezirksbürgermeisters sowie zur Wahl seiner Stellvertreter werden folgende politischen Ziele für die künftige Arbeit vereinbart:

Sebastian Haak
BV-Fraktionsvorsitzender SPD
Holtener Str. 317
47167 Duisburg
Tel.: 02 03 / 9 75 59 88
Email: Sebastian.Haak@spd-online.de

Herbert Fürmann
BV-Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
Kaiserstraße 1
47198 Duisburg
Tel.: 01 79 / 5 08 18 89
Email: Herbert.Fuermann@linksfraktion-duisburg.de

Verkehr und Stadtteilentwicklung

- Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in Wohngebieten im Stadtteil sollen verstärkt durchgeführt werden.
- Die weitere Verkehrsentwicklung am Hamborner Altmarkt wird vor dem Hintergrund der Umgestaltung der Verkehrsfläche auf der Schreckerstraße kritisch begleitet. Insbesondere die Sperrung der Durchfahrt für den Individualverkehr beiderseits des Altmarkts an Markttagen bleibt Handlungsoption. Die gesamte Fläche des Altmarktes incl. der seitlichen Fahrwege soll nach dem barrierefreien Ausbau der Schreckerstraße ebenfalls zum verkehrsberuhigten Bereich werden. Es soll die Möglichkeit einer Ausweitung der Außengastronomie auf den Altmarkt – außerhalb der Marktzeiten – geprüft werden.
- Durch geeignete Maßnahmen soll - insbesondere auf der Landstraße 1 (ehemalige B8) - die Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit erreicht werden. Wir setzen uns für die Anbringung fester Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen ("Blitzkästen") ein, die bei deutlicher Geschwindigkeitsübertretung aktiviert werden.
- Das Radverkehrskonzept für den Bezirk Hamburg (Velorouten, Lückenschlüsse, Sanierungsmaßnahmen usw.) wird fortgeschrieben. Die Finanzierung der erforderlichen Ausschilderung der städtischen Routen aus Bezirksmitteln soll geprüft werden.
- Der Ausbau von Radfahr- und Schutzstreifen, Radfahrschleusen an Ampeln, sowie weitere Abstellanlagen für Fahrräder werden weiter vorangetrieben.
- In Gesprächen mit der DVG/TKS und den örtlichen Betriebsräten wird die bessere Anbindung insbesondere der Großbetriebe an das ÖPNV-Netz angestrebt.
- Im Zuge der anstehenden Fortschreibung des Nahverkehrsplans sind Verbesserungen im Liniennetz bei der Anbindung der Nachbarstädte und -bezirke einzubauen. Das Nachtliniennetz ist auszubauen und zu optimieren.
- Die Schaffung neuer Parkmöglichkeiten im Zentrum von Marxloh - im Bereich zwischen dem Willy-Brandt-Ring und der Bezirksgrenze Walsum - soll auf in Frage kommenden Grundstücken um die Landstraße 1 (ehem. B8) überprüft werden.
- Das Nachtparken für LKWs, die die Fa. Grillo andienen, soll überprüft werden. Insbesondere soll erreicht werden, dass die Parkspur auf dem Willy-Brandt-Ring so gestaltet wird, dass Unfallgefährdungen ausgeschlossen werden.
- Für das massive Individualverkehrsaufkommen durch Besucher der Flohmärkte auf dem IKEA-Gelände wird eine Lösung gesucht, die das Zuparken der benachbarten Wohngebiete ausschließt.
- Die Machbarkeit der Walsumbahn mit einer Durchbindung über Oberhausen bis zum Hbf Duisburg soll unter Einbeziehung der Untersuchungen der FH Bochum erneut überprüft werden.

- Verkehrsberuhigende Maßnahmen auf der Lehrerstraße sollen nach Vorbild der Rügenstraße in Neumühl umgesetzt werden.
- Der Bau einer Umgehungsstraße Walsum - Marxloh soll vorangetrieben werden.
- Der Ausbau weiterer Kreisverkehre im gesamten Stadtbezirk wird angestrebt.
- Die Querungshilfe an der Wienerstraße sowie eine Verbesserung der Querungsmöglichkeit der Radwanderstrecke am Konrad-Adenauer-Ring soll umgesetzt werden.
- Es wird ein bezirklicher Entwicklungsplan unter Beteiligung der Einwohnerschaft angestrebt.
- Es sollen planungsrechtliche Maßnahmen getroffen werden, die sicherstellen, dass im Stadtteil Hamborn keine weiteren Spielhallen, Internetcafés oder Teestuben eröffnet werden.
- Weitere Lebensmittel- und Baumärkte auf der "grünen Wiese" sind nicht erwünscht. Die Nahversorgung sowie der aperiodische Bedarf sollen vor allem durch eine Stärkung der Stadtteilzentren sichergestellt werden.
- Klein- und Mittelbetriebe und handwerkliche Existenzgründer (auch in Form von Genossenschaften) werden besonders gefördert
- Die Möglichkeiten eines effektiveren bauordnungsrechtlichen Einschreitens bei verfallenden Wohnimmobilien im Bezirk sollen geprüft werden.
- Das alte Hamborner Hallenbad soll einer neuen Nutzung zugeführt werden. Das stadtbildprägende Erscheinungsbild muss dabei erhalten bleiben.
- Es werden Gespräche mit der Leitung des KKD hinsichtlich der Zukunft des St. Barbara-Hospitals und des Johannes-Hospitals geführt. Die wohnortnahe und umfassende Krankenhausversorgung darf nicht gefährdet werden.
- Wir setzen uns für eine finanzielle Stärkung der Bezirkskompetenzen über die (Wieder-)Einführung der Trouble Budgets im Bereich der städtischen Eigenbetriebe ein.
- Die stadtbildprägende Immobilie des Amtsgerichts Hamborn und das Grundstück sollen auch nach Aufgabe des Justizbetriebs einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden.
- Wir setzen uns für die seit Jahren überfällige Grundrenovierung des Kultur- und Freizeitzentrums Ratskeller ein. Außerdem brauchen wir ein tragfähiges und bürgerfreundliches Betreiberkonzept.

Umwelt und Grün

Der Stadtbezirk Hamborn ist durch seine Nähe zu emittierenden großindustriellen Betrieben trotz bedeutender Fortschritte immer noch durch gesundheitsgefährdenden Feinstaub, Schwermetalle, Lärm und giftige Substanzen besonders belastet. Auch die verkehrliche Belastung (Abgase, Lärm,

Gefährdungen) ist teilweise sehr hoch. Die Vertrag schließenden Parteien fordern die weitere Minderung der Belastungen.

- Die Sauberkeit im Stadtbild ist zu erhöhen. Der Einsatz von Abfallberatern – auch mit Migrationshintergrund – in Wohnbereich, Schulen und bürgerschaftlichen Vereinigungen wird angestrebt.
- Die Grundreinigung der Straßen muss sichergestellt werden. Herumliegender Müll muss schnellstmöglich entsorgt werden.
- Das Konzept der Sperrmüllentsorgung durch die Wirtschaftsbetriebe wird überprüft. Insbesondere soll eine Regelung erreicht werden, nach der die Abholzeiten für Haushalte genauer vereinbart werden, die keine Möglichkeit der Zwischenlagerung haben
- Der Grüngürtel in Marxloh kann in seiner jetzigen Umsetzungsform nicht befriedigen. Wir setzen uns für eine Verbesserung der Wohnumfeldsituation unter Umweltsichtspunkten und unter Beteiligung der betroffenen Anwohner nach der Idee der "perforierten Stadt" ein.
- Parkanlagen im Bezirk sollen attraktiviert werden. Der Ausbau des Botanischen Gartens in Hamborn soll vorangetrieben werden. Unter anderen geht es um den Abriss der maroden RWE-Immobilie Hamborner-/Ecke Beecker Str. unter der Autobahn und die Einbeziehung des Grundstücks in den Botanischen Garten.
- Der Bezirksvertretung soll halbjährlich ein Bericht der Grenzwertüberschreitungen der Feinstaubwerte, sowie eine Störfallübersicht der großen Industrieanlagen im Bezirk vorgelegt werden.
- Die Häufigkeit der Grünpflege und Grünschnitte auf städtischen Grundstücken und beim Straßenbegleitgrün soll erhöht werden.

Sport und Vereinsarbeit

- Die Preisstruktur des Rhein-Ruhr-Bades wird auf Familienfreundlichkeit überprüft. Ziele sind sozialverträgliche Preise für alle NutzerInnen und Ermäßigungen für Sozialpass-Berechtigte.
- Im Stadtbezirk Hamborn sind weitere Sporthallen zu errichten, um u. a. den Bedarf von 16 Schulsporthalleneinheiten perspektivisch zu decken.
- Alle Sportvereine im Bezirk sollen gerecht an der finanziellen Unterstützung durch öffentliche Mittel und an der Nutzung der vorhandenen Sportanlagen beteiligt werden.
- Wir wollen die Vereinsarbeit im Bezirk Hamborn stärken, u. a. durch faire Hallennutzungsentgelte und eine Minderung der Sondernutzungsgebühren. Bei letzteren soll eine bezirksgebundene Mittelverwendung angestrebt werden.

Bildung

Die Schulen und Bildungseinrichtungen im Bezirk Hamborn sollen im Hinblick auf die besonderen Anforderungen, die sich aus den gravierenden Defiziten im Vergleich zu anderen Stadtbezirken ergeben, leistungsfähig gehalten und ausgebaut werden.

- Die Ausbildungsmöglichkeiten im allgemein- wie im Berufs bildenden Bereich werden verbessert. Der Elternwille bei der Wahl der weiterführenden Schulform soll vor diesem Hintergrund auch in Zukunft wichtiger Anhaltspunkt sein.
- Wir streben die Überwindung des tradierten dreigliedrigen Schulsystems an. Hamborn soll als Standort für einen Modellversuch des längeren gemeinsamen Lernens und der Option der Gemeinschaftsschule dienen.
- Ausbau von Ganztagschulen mit qualifiziertem, pädagogisch sinnvollem Nachmittagsangebot.
- Die Sanierung der Schulen im Stadtbezirk wird weiter vorangetrieben.
- Die BV begleitet die Entwicklung der offenen Schulleiterstellen im Bezirk weiter kritisch und strebt hier Abhilfe durch zusätzliche Anreize an.
- Der Schulstandort Clauberg soll durch die Planung eines gemeinsamen Oberstufenverbunds weiterentwickelt werden.
- Die VHS-Filiale muss erhalten bleiben. Eine bauliche Verbesserung (ggf. alternative Unterbringung) ist anzustreben.
- Die Bezirks- und Stadtteilbibliotheken sind unverzichtbar.

Kinder- und Jugendpolitik

Neben Bildung und Förderung muss es unser Anliegen sein, offene und präventive, an den Bedürfnissen und der Lebenswelt Jugendlicher orientierte Angebote vorzuhalten. Es gilt, bestehende Einrichtungen – sowohl in städtischer als auch in freier Trägerschaft – zu stärken, zu erhalten und – insbesondere mit Blick auf aufsuchende Jugend(sozial)arbeit – auszubauen und geeignete öffentliche Räume zur Verfügung zu stellen. Wir streben insbesondere folgende Verbesserungen und Maßnahmen an:

- Ausreichende Versorgung des Stadtbezirks mit Kitas für unter Dreijährige, insbesondere im bislang in dieser Hinsicht noch unterversorgten Stadtteil Marxloh.
- Bedarfsgerechte und qualitativ gute Versorgung mit Spiel- und Bolzplätzen.
- Ein weiterentwickeltes kommunales Jugendparlament - das mehr als eine Alibiveranstaltung sein muss - für den Bezirk Hamborn
- Bestellung von Kümmerern für die Kinder- und Jugendarbeit.
- Förderung der Jugendverbandsarbeit aus bezirklichen Mitteln.

- Schaffung weiterer Jugendzentren/Treffpunkte für Jugendliche, kostenlose Proberäume für Bands und Theatergruppen.
- Zusätzlich zu den institutionellen Angeboten streben wir Berufsorientierung, Beratung, Information und Hilfe bei Bewerbungen für Jugendliche an, die ansonsten nicht erreichbar sind.

Migration/Integration

Die Integration der Zuwanderungsbevölkerung ist eine zentrale politische Querschnittsaufgabe. Im Rahmen der gesamtstädtischen Integrationspolitik stellen sich auf der Ebene des Hamborner Stadtbezirks folgende Aufgaben:

- Systematische Einbeziehung der Zuwanderungsbevölkerung in bürgerschaftliche Beteiligungsprozesse.
- Besondere Informationsanstrengungen hinsichtlich der Beteiligungsmöglichkeiten, der Verwaltungsstrukturen, der Aufgaben und des Handelns von Verwaltung und städtischen Unternehmen.
- Förderung des Zusammenwachsens von migrantischer und einheimischer Bevölkerung.

Demokratische Teilhabe

Verbesserte Transparenz von Entscheidungen, gute Information über Verwaltungshandeln und öffentliche Vorhaben sowie systematischer Ausbau der Bürgerbeteiligung sind wichtige Ziele der Vertrag schließenden Parteien.

Die Einführung der Hamborner Haushaltstage, die nach dem Pilotversuch im Bezirk Hamborn auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet wurden, sind ein wichtiger Schritt hin zu umfassender

Öffentlichkeitsbeteiligung beim kommunalen Haushaltsgeschehen. Wir streben reale Mitbestimmung der Einwohnerinnen und Einwohner an, im nächsten Schritt durch die alternative Vorstellung einzelner investiver Projekte, die durch EinwohnerInnen mit einem Votum versehen werden

Barrierefreiheit

Wir streben an, den öffentlichen Raum, die städtischen Immobilien sowie die öffentlichen Haltestellen im Stadtbezirk durchgängig zu enthindern (normgerechte Behindertentoiletten, Beseitigung von Hindernissen, verbesserte Zugänglichkeit, Signalisierung usw.). Neben Sofortmaßnahmen ist eine Erhebung der Defizite zu veranlassen.



Schlussbestimmungen

Die Vertrag schließenden Fraktionen überprüfen jährlich die Umsetzungserfolge der Vereinbarung. Die oben aufgeführten politischen Inhalte und Ziele werden bei Bedarf in gemeinsamen Gesprächen präzisiert. Aus dieser Vereinbarung resultierende Anträge werden möglichst gemeinsam eingebracht. Die beiden Fraktionen streben an, sich frühzeitig von jeweils eigenen Anträgen und Anfragen zu unterrichten. Nicht aufgeführte politische Problemstellungen sollen nach Möglichkeit rechtzeitig und mit dem Willen zur Einigung besprochen werden. Die Vertragspartner streben grundsätzlich ein gemeinsames Abstimmungsverhalten an - Ausnahmen bilden nach wie vor strittige Fragen.

Duisburg, den 30. Okt. 2009

Für die SPD-Fraktion in der BV Hamborn:

(Sebastian Haak)

Für die Fraktion DIE LINKE in der BV Hamborn:

(Herbert Fürmann)